

1 Der Unterbezirksparteitag möge folgenden Antrag an den Landesparteitag stellen:

2  
3 **Abschaffung der Entgelte für weiterbildende Master-Studiengänge**

4  
5 Die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft wird aufgefordert zu prüfen, wie si-  
6 chergestellt werden kann, dass für weiterbildende Master-Studiengänge nur dann Ent-  
7 gelte erhoben werden, wenn sie tatsächlich einen direkten beruflichen Bezug haben.

8  
9 Begründung:

10 Die konsekutiven und nicht-konsekutiven Master-Studiengänge sind bereits gebühren-  
11 frei. Den Hochschulen bleibt aber ein großer Spielraum bei der Zuteilung der Master-  
12 Studiengänge in eine der drei Kategorien. Die oben erwähnten weiterbildenden Mas-  
13 ter-Studiengänge werden gewohntermaßen direkt im Anschluss an einen Bachelor  
14 studiert und stellen somit keine weiterbildenden Angebote im klassischen Sinne dar.  
15 Darüber hinaus bieten sie nicht die Möglichkeit, parallel eine berufliche Tätigkeit aus-  
16 zuüben.

17 Um die Chancengleichheit im Bildungssystem vollständig durchzusetzen, ist auch für  
18 diese Master-Studiengänge die Gebührenfreiheit erforderlich. Zudem können Absol-  
19 ventinnen und Absolventen der öffentlichen Hochschulen nur mit attraktiven Master-  
20 Angeboten als zukünftige Fachkräfte in Bremen gehalten werden.

21  
22 Die in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung geplanten Änderungen wie bspw. die  
23 Absenkung der Freibeträge, die Verlängerung der Ratenzahlungshöchstdauer und eine  
24 stärkere Beteiligung der Hilfesuchenden an der Finanzierung der Prozesskosten, führen  
25 jedoch gerade (insbesondere unter Beachtung der steigenden Lebenshaltungskosten)  
26 bei Menschen mit geringem Einkommen zu einer Einschränkung des freien Zugangs zu  
27 unseren Gerichten. Diesen Weg in eine zwei Klassenjustiz gehen wir nicht mit. Keine  
28 Reformierung des Beratungs- und Prozesskostenhilferechts auf Kosten sozial Schwä-  
29 cherer.

**Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion.**